Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

162 (14.7.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belagblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Pfinztalstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10161.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 162 — Donnerstag den 14. Juli 1932 — 104. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Reichskanzler und Reichsinnenminister sind zum Reichspräsidenten nach Neudeck gefahren.

*

Der preußische Innenminister hat einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen, in dem er zur Besonnenheit ermahnt. Gleichzeitig hat er alle Polizeibehörden zu unnachsichtlichem Vorgehen gegen unbefugtes Waffentragen angewiesen.

*

Die christlichen Gewerkschaften haben in einem Telegramm an den Reichspräsidenten zur Verhütung weiterer Gewalttätigkeiten ein allgemeines Uniformverbot gefordert.

*

Im Unterhaus gab Staatssekretär Sir John Simon eine längere Erklärung über das englisch-französische Vertrauensabkommen ab. Auch Herriot gab in der Kammer eine neue Erklärung ab.

*

In einem Vertrauensabkommen zwischen England und Frankreich wurde vereinbart, den Lausanner Vertrag erst dann zu ratifizieren nach Regelung der eigenen Verpflichtungen.

*

Im Memellandstreit vor dem Haager Schiedsgericht sprachen die Vertreter Englands und Italiens und verurteilten die litauische Politik.

*

Reichskanzler von Papen und Reichsinnenminister von Gayl sind Mittwoch abend zur Besprechung mit dem Reichspräsidenten nach Neudeck abgereist.

Zur innerpolitischen Lage

Severing mahnt zur Besonnenheit

Berlin, 13. Juli. Der preußische Minister des Innern, Severing, hat einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen, in dem es heißt:

Von Tag zu Tag werden die politischen Leidenschaften wilder entfacht. Die gewaltsamen Zusammenstöße mehren sich in erschütternder Zahl. An Stelle geistiger Auseinandersetzung tritt der Kampf mit Messer und Revolver. Alle politischen Parteien überschütten die Behörden mit Klagen über mangelhaften Schutz und mit Beschwerden über den Terror der anderen. Unsere Polizei tut mehr als ihre Pflicht. Aber Wunder verrichten kann auch sie nicht. Man spricht von Selbstschutz; aber der wirksamste Selbstschutz ist die Selbstzucht. Jeder andere vermeintliche Selbstschutz muß schließlich zum brutalsten Faustrecht führen.

Ich richte darum an alle, die guten Willens sind die dringende Bitte, der ruhigen Besonnenheit wieder Eingang im politischen Ringen zu verschaffen. Wenn die Führer aller politischen Parteien und Verbände mithelfen, jeden Versuch gewaltsamer Auseinandersetzung zu unterdrücken und zu brandmarken, dann wird dem Morden Einhalt geboten.

Severing kündigt unnachsichtiges Vorgehen an

Berlin, 13. Juli. Der preußische Minister des Innern hat an alle Polizeibehörden einen Funkspruch erlassen, in dem es heißt: Alle Polizeibehörden haben sich der durch die Notverordnung vom 14. Juni 1932 gegebenen **Vorschriften gegen das unbefugte Führen von Waffen in jedem Falle unnachsichtlich zu bedienen und polizeiliche Haft gegen mit Waffen Betroffene auf die längstmögliche Dauer anzuordnen.**

*

Der „Völkische Beobachter" fordert den Ausnahmezustand

München, 13. Juli. Unter der Ueberschrift „Das Reich ist reif für den Ausnahmezustand" schreibt der „Völkische Beobachter" u. a., von allen theoretischen aufbauwilligen Ankündigungen der Reichsregierung Papen-Gayl sei nichts geblieben als eine außenpolitische Unterwerfung und der durch die Straßen der deutschen Städte sich ungehemmt austobende Rotmord. Das ganze Reich sei schon längst für einen Ausnahmezustand reif. Will die Reichsregierung nicht zum Gespött der Welt werden, wenn sie nicht eines Tages als die Gefangene des noch in Preußen amtierenden Marxismus erwachen will, will sie das Deutsche Reich vor einem blutigen Untergang bewahren, dann müsse sie den Ausnahmezustand verkündigen. Jedes Zögern sei unverantwortlich. Könne die Reichsregierung sich nicht dazu entschließen, dann müsse man erklären: Fort mit diesen Männern! Fort mit ihnen, lieber heute als morgen.

*

Christliche Gewerkschaften verlangen Uniformverbot

Berlin, 13. Juli. Der Vorstand des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften hat an den Reichspräsidenten ein Telegramm gerichtet, in dem unter Hinweis auf die zunehmenden Terroraktionen und die sich außerdem täglich vermehrenden politischen Morde, **die ein sofortiges allgemeines Verbot des Tragens von Parteiuniformen erfordert,** der Reichspräsident gebeten wird, nunmehr alle verfassungsmäßigen Mittel in Anwendung zu bringen, um weitere Gewalttätigkeiten zu verhindern, das Leben der Volksgenossen zu sichern und die freie Entschließung bei der Wahl zu garantieren.

Verordnung über freiw. Arbeitsdienst

Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst vom Kabinett angenommen.

T.U. **Berlin,** 13. Juli. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett verabschiedete in seiner Sitzung am Mittwoch nach Vortrag des Reichsarbeitsministers eine Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst. Die Verordnung wird veröffentlicht werden, nachdem sie dem Reichsrat zur Kenntnis gebracht worden ist.

*

Die „Kreuzzeitung" zur Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst.

T.U. **Berlin,** 13. Juli. Ueber den Verordnungs-Entwurf der Reichsregierung über den freiwilligen Arbeitsdienst weiß die „Kreuzzeitung" aus offenbar gut unterrichteter Quelle folgendes zu melden: Dabei zu berücksichtigen ist, daß der Entwurf in der abschließenden Kabinettssitzung noch einige unwesentliche Aenderungen erfahren hat. In Frage komme endgültig die Ernennung des Staatskommissars für den freiwilligen Arbeitsdienst, der den Kreisen des Reichswehrministeriums entnommen werden wird, aber die Garantie bieten soll, daß der Arbeitsdienst jedem parteipolitischen Einfluß entzogen bleibe. Außerdem wird ein bewährter Fachmann auf organisatorischem Gebiet aus unbedingt überparteilichen Kreisen als Stabschef oder dergleichen eingesetzt werden. Daneben besteht die Absicht, als zweites, wie wir von gutunterrichteter Seite erfahren, ein Reichsamt für geistige und körperliche Ertüchtigung der Jugend in unmittelbarer Anlehnung an das Reichswehrministerium zu schaffen.

Die Reise nach Neudeck

Berlin, 13. Juli. Die Kabinettsberatungen gingen am Mittwoch nachmittag weiter. Am Abend fuhr der Reichskanzler dann nach Neudeck, mit ihm Freiherr von Gayl, der die Aufgabe hat, den Reichspräsidenten über die innerpolitische Vorgänge der letzten acht Tage zu unterrichten und ihm außerdem Vortrag über die Aufbaupläne des Reichskabinetts zu halten. Er wird nach dem Vortrag am Donnerstag abend zurückkehren, während der Reichskanzler noch einen Tag länger als Gast des Reichspräsidenten in Neudeck bleibt. Nach der Rückkehr des Reichsinnenministers und des Reichskanzlers gehen die Beratungen über das Aufbauprogramm weiter, und zwar sollen sie mit aller Beschleunigung fortgesetzt werden, damit die Notverordnung, die bereits angekündigt ist, noch vor Ende des Monats erscheinen kann.

Das englisch-französische Abkommen

London, 13. Juli. Staatssekretär Sir John Simon erklärte im Unterhaus, daß man sich daran erinnern werde, daß seine Rede gestern abend mit der Erklärung schloß, daß man in Lausanne habe bezwecken wollen, **die nationalen Probleme Europas in einem Geiste der Offenheit und gegenseitigen Unterstützung zu behandeln.** Man habe in den letzten Tagen versucht, diesen neuen politischen Geist, der in Lausane zutage getreten sei, und der so wertvoll sein würde, wenn er künftig beibehalten werden könnte, in eine bessere Form zu bringen. Was bezweckt worden sei, sei nicht Teil des Lausanner Abkommens oder der Lausanner Konferenz, es dürfte in keiner Weise damit verwechselt werden. Es sei **keine ergänzende Vereinbarung und tatsächlich überhaupt keine materielle Vereinbarung, sondern eine Aufforderung, aufrichtige und offene Beziehungen und Erörterungen anzubahnen, auf die, wie man hoffe, alle führenden europäischen Mächte eingehen würden. In diesem Geiste habe die britische Regierung und die französische Regierung beschlossen, die Führung zu übernehmen, indem sie einen sofortigen und gegenseitigen Schritt zu diesem Zweck in der folgenden Richtung tun:**

1. In Uebereinstimmung mit dem Geiste der Völkerbundssatzung beabsichtigen sie, Ansichten miteinander in völliger Offenheit auszutauschen und einander gegenseitig unterrichtet zu halten über alle Fragen, die zu ihrer Kenntnis gelangen, soweit sie dem Ursprung der Fragen ähnlich sind, die jetzt so glücklich in Lausanne geregelt worden sind. Es ist ihre Hoffnung, daß andere Regierungen sich diesem Verfahren anschließen werden.

2. Sie beabsichtigen, zusammen und mit anderen Delegationen in Genf zu wirken, um eine **Lösung der Abrüstungsfrage** zu finden, die vorteilhaft und billig für alle in Betracht kommenden Mächte sein wird.

3. Sie werden miteinander und mit anderen interessierten Regierungen bei der sorgfältigen und praktischen **Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz** zusammmenwirken.

4. Bis zum Abschluß eines neuen Handelsvertrages zwischen ihren beiden Ländern zu einem späteren Zeitpunkt werden sie jede Art von Diskriminierung eines Landes gegen die Interessen des anderen vermeiden.

Der Schlußparagraph bezieht sich natürlich auf die Handelsbeziehungen und die Vermeidung von Diskriminierung bis zur Erörterung eines Handelsvertrages zwischen Frankreich und uns, aber in den anderen drei Paragraphen geben unsere Vorschläge an die anderen Hauptländer in Europa.

Ich hoffe, fuhr der Staatssekretär fort, bereits heute die Gelegenheit zu haben, den Vertretern Deutschlands, Italiens und Belgiens eine Abschrift dieses Abkommens auszuhändigen. Ich habe an ihre Regierungen eine Einladung gerichtet, sich der Vereinbarung anzuschließen.

*

Das Geheim- oder Vertrauensabkommen

Paris, 13. Juli. Wie Havas berichtet, hat Ministerpräsident Herriot in der gemeinsamen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses und des Finanzausschusses der Kammer erklärt, **daß ein Vertrauensabkommen zwischen Frankreich und England abgeschlossen würde, dessen Text in Bälde bekanntgegeben werde.** Dieses Abkommen beziehe sich auf die Anstrengungen, die die beiden Regierungen zu unternehmen gedächten, um ihre gemeinsamen Bemühungen zu einer vertrauensvollen und wirkungsvollen europäischen Zusammenarbeit zu führen.

Nach einer weiteren Havas-Meldung soll außer diesem gemeinsamen Text auch das in Lausanne zwischen den fünf Gläubigermächten **abgeschlossene Gentlement Agreement** bekanntgegeben werden, durch das diese Mächte sich **verpflichten, das Abkommen von Lausanne nur nach einer befriedigenden Regelung ihrer Verpflichtungen gegenüber ihren eigenen Gläubigern zu ratifizieren.**

*

Herriot: „Die Wiedergeburt der Entente cordiale".

T.U. **Paris,** 13. Juli. Die Ausführungen Herriots im Auswärtigen Ausschuß der Kammer dauerten nicht weniger als drei Stunden. Herriot gab zunächst einen geschichtlichen Ueberblick über die Schuldenverhandlungen, die der Lausanner Konferenz vorausgingen, und ging dann auf die Einzelheiten der Konferenz ein. Er unterstrich mit Nachdruck den soeben veröffentlichten englisch-französischen Sondervertrag, dessen Text er dem Ausschuß vorlegte. Er erklärte, daß das Abkommen die Wiedergeburt der Entente cordiale bedeute und für die französisch-englischen Beziehungen eine neue Aera eröffne. Sämtliche Probleme, die die beiden Länder angingen, würden in Zukunft nicht mehr getrennt behandelt werden können. England könne sich z. B. nicht wie im Jahre 1923 Amerika gegenüber verpflichten, die Schuldenzahlungen fortzusetzen, ohne sich vorher mit Frankreich geeinigt zu haben. Herriot wies weiter auf die moralische Bedeutung des Lausanner Abkommens hin und erklärte, daß man, um dieses Ziel zu erreichen, die Reparationszahlungen abgeschafft und eine Endsumme von drei Milliarden zugestanden habe.

Im Anschluß an die Aussprache wurde eine amtliche Verlautbarung herausgegeben, in der es heißt, daß der französische Ministerpräsident auf die besondere Bedeutung des Lausanner Abkommens hingewiesen habe, dessen Hauptergebnis in der endgültigen Abschaffung der Reparationszahlungen bestehe, sowie darin, daß es den Wünschen Amerikas entspreche, indem eine europäische Verständigung geschaffen sei, die eine allgemeine Regelung der Schuldenfrage möglich mache. Das Zustandekommen des Lausanner Abkommens bedeute eine neue Etappe auf dem Wege des Friedens und lasse eine Verständigung mit Amerika möglich erscheinen.

*

Meinungsverschiedenheiten London-Paris

T.U. **Paris,** 13. Juli. Die Erklärungen, die Macdonald am Dienstag im Unterhaus über das Lausanner Abkommen abgegeben hat, haben hier insofern große Ueberraschung ausgelöst, als sie ganz verschiedenartige Auslegungen des Gentleman-Abkommens durch Frankreich einerseits und England andererseits an den Tag legten. Ministerpräsident Herriot hat nach seiner Rückkehr aus Lausanne verschiedentlich betont, daß man im Falle eines Nichtzustandekommens der interalliierten Schuldenregelung automatisch zum Youngplan zurückkehren werde und daß sich Frankreich auf die Klausel des Youngplans stützen und an das Haager Schiedsgericht wenden werde. Macdonald dagegen betonte, in Beantwortung einer Frage Churchills, daß man im Falle eines Nichtzustandekommens einer Verständigung mit Amerika eine neue Konferenz einberufen werde. Ein zweiter strittiger Punkt ist die Erklärung Macdonalds, wonach England es niemals zulassen werde, daß die deutschen Schuldverschreibungen auf den Markt gebracht würden, wenn sich nach Ablauf von drei Jahren die Finanzlage Deutschlands nicht gebessert habe. Diese Erklärung werde in Paris dahin ausgelegt, daß man das Deutschland zuerkannte Moratorium englischerseits als unbeschränkt betrachte bezw. solange in Kraft sei, bis die Finanzlage sich gebessert habe.

Herriot äußerte sich am Mittwoch nachmittag über alle diese Fragen vor dem Auswärtigen Ausschuß der Kammer. Obgleich eine amtliche Verlautbarung über den Verlauf der Sitzung noch nicht vorliegt, betont man in gut unterrichteten Kreisen, daß Herriot die verschiedenartige Auslegung des Lausanner Gentleman-Abkommens nicht miteinander für unvereinbar halte. Herriot sei vielmehr der Auffassung, daß im Falle eines Nichtzustandekommens einer Schuldenregelung mit Amerika sehr wohl eine neue Konferenz einberufen werden kann. Frankreich werde sich jedoch in diesem Falle nichtsdestoweniger an den Haager Schiedsgerichtshof wenden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Der englisch-französische Sonderpakt

Die Auffassung in Berlin.

T.U. **Berlin,** 13. Juli. Die amtlichen Berliner Stellen nehmen zu den vom englischen Außenminister im Unterhaus bekannt gegebenen englisch-französischen Sondervereinbarungen noch keine Stellung, da der Wortlaut des Vertrages noch nicht vorliegt. In unterrichteten Kreisen glaubt man jedoch, daß die Reichsregierung auf jeden Fall noch einige Rückfragen anstellen wird, um sich, insbesondere über Artikel 1, nähere Aufklärung zu verschaffen. Eine Beteiligung Deutschlands an politischen Abmachungen, wie sie vor Lausanne von französischer Seite im Sinne einer „Treuga dei" (Gottesfrieden) bezw. während Lausanne in dem Gedanken eines Konsultativpaktes vorgesehen waren, werde nicht in Frage kommen. Dagegen könnte es unter Umständen für Deutschland zweckmäßig sein, einer allgemeinen Vereinbarung, wie sie zwischen England und Frankreich getroffen worden ist, im Hinblick auf die kommenden politischen Aufgaben beizutreten. Selbstverständlich würde sich Deutschland besonders hinsichtlich des Punktes 2 (Abrüstungsfrage) sowohl hinsichtlich des Zeitpunktes als auch des Gremiums Freiheit vorbehalten müssen. Wann und in welcher Form die Frage der Gleichberechtigung am zweckmäßigsten zu behandeln wäre. Die Punkte 3 und 4 des Abkommens entsprechen ganz den den von Deutschland in Lausanne gegebenen Erklärungen.

Was die verschiedenartige Auslegung des Lausanner Vertrags werkes durch Macdonald einerseits und Herriot andererseits für den Fall betrifft, daß das Vertragswerk nicht zustande kommen würde, so ist zu bemerken, daß die Auslegung, die der englische Ministerpräsident Macdonald gestern im Unterhause gab, durch den Präsidenten der Konferenz von Lausanne erfolgt ist, der für die Auslegung eher als jeder andere als zuständig angesehen werden muß. Präsident Macdonald hat bekanntlich erklärt, daß im Falle des Nichtzustandekommens des Lausanner Vertragswerkes der Youngplan nicht wieder in Kraft tritt, sondern eine neue Konferenz über das weitere zu entscheiden habe.

Ein amtliches englisches Kommuniquee zu den Abmachungen zwischen Paris und London.

T.U. **Berlin,** 14. Juli. Nach einer Meldung Berliner Blätter aus London erfährt das Reuterbüro amtlich zu der Unterhauserklärung von Sir John Simon, daß die europäische Zusammenarbeit in künftigen Problemen, „die im Ursprung dem gleiche, was soeben in Lausanne geregelt werden ist", keinerlei Beziehungen zu den Kriegsschulden an Amerika habe. Soweit Großbritannien in Betracht komme, könne Sir John Simons Erklärung in keiner Weise als eine „vereinte europäische Front" gegenüber Amerika gedeutet werden.

Im Falle, daß Deutschland an Großbritannien herantrete, die „Kriegsschuld"-Klausel aus dem Versailler Vertrag auszumerzen, wird die britische Regierung verpflichtet sein, mit Frankreich diese Frage zu beraten.

*

Beruhigung in Amerika

Washington, 13. Juli. Chamberlains angebliche Feststellung im britischen Unterhaus, daß Amerika über das Gentleman-Agreement während der Lausanner Verhandlung unterrichtet worden sei, rief hier starke Beruhigung hervor. Nach amtlicher Auffassung wird man sich über die Frage des angeblichen Abkommens bald beruhigen. Man weist auf die klare und eindeutige Erklärung der Reichsregierung hin. Da Deutschland der wichtigste Teilnehmer am Lausanner Abkommen sei, so genüge die deutsche Erklärung zur Feststellung, daß die Reichsregierung keine Verbindung zwischen den Reparationen und den Kriegsschulden anerkannt oder zugestanden habe. Damit erledige sich der Streit.

Der Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Senator Borah, sagte, die amerikanische Regierung würde in keiner Weise durch ein Gentleman-Abkommen direkt oder indirekt gebunden sein.

Starke Erregung in Washington über den englisch-französischen Sondervertrag.

T.U. **Washington,** 13. Juli. Die Nachricht von dem englisch-französischen Sonderabkommen rief in Washington tiefe Erregung hervor, obwohl die maßgebenden Stellen bis zum Eintreffen amtlicher Nachrichten mit ihrer Meinung noch zurückhalten. Es besteht hier die unverhohlene Befürchtung, daß Europa in der Schuldenfrage nunmehr eine Einheitsfront hergestellt habe. Ueber die Kriegsschuldenfrage hinaus werden Befürchtungen über weitere Folgen des englisch-französischen Abkommens für die amerikanische Regierung laut, insbesondere hinsichtlich der Wirtschaftsfragen, der Zollpolitik und des internationalen Handels im allgemeinen.

Deutschland und der englisch-französische Sonderpakt. — Ein englischer Vorschlag.

T.U. **London,** 13. Juli. Die zuständigen englischen Stellen bemerken zu den neuen englisch-französischen Abmachungen, es sei bekannt, daß Deutschland dem ganzen Schritt freundschaftlich gegenüberstehe. Dieses neue Abkommen werde die geeignete Plattform schaffen und Deutschland die Möglichkeit geben, etwaige politische Forderungen zur Sprache zu bringen, auf die man in Lausane nicht habe näher eingehen können, da dort nur das reine Reparationsproblem zur Verhandlung gestanden habe.

Die englischen Stellen betonen ferner, daß das neue Abkommen in keiner Weise in sich etwa die Bildung einer europäischen Einheitsfront gegenüber den Vereinigten Staaten berge. Es habe gar keine Beziehungen zu den europäischen Schulden an Amerika.

Abrüstungsforderungen der kleinen Mächte

Genf, 13. Juli. Die Delegationen der kleinen Mächte haben dem Berichterstatter der Abrüstungskonferenz, Außenminister Benesch, ein **Memorandum** überreicht, das die Forderungen dieser Staaten hinsichtlich der Resolution, mit der der jetzige Tagungsabschnitt der Konferenz abgeschlossen worden sei, in folgende Punkte zusammenfaßt: **Vollständiges Verbot des Bombenabwurfs, Abschaffung der Tanks, die über ein bestimmtes Gewicht hinausgehen, und Abschaffung der schweren beweglichen Artillerie, vollständiges Verbot des chemischen und bakteriologischen Krieges; Einsetzung einer ständigen Abrüstungs-Kontrollkommission; Regelung der Waffenfabrikation und des Waffenhandels.**

Die genannten Staaten fordern, daß über diese Punkte bereits jetzt konkrete Beschlüsse der Abrüstungskonferenz herbeigeführt werden.

*

Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz bereits am Samstag

T.U. **Genf,** 13. Juli. Das engere Präsidium der Abrüstungskonferenz, dem die wahren Leiter der Konferenz, Henderson, Drummond, Benesch und Politis angehören, hat am Mittwoch nachmittag eine streng geheime Sitzung abgehalten, in der offenbar weittragende Beschlüsse gefaßt worden sind. Der Hauptberichterstatter der Abrüstungskonferenz, Benesch, teilte der Presse mit, daß entgegen allen Erwartungen der Hauptausschuß der Konferenz schon zu Samstag vormittag einberufen sei. Der Leitung der Konferenz seien 7 oder 8 verschiedene Vorschläge für die abschließende Entschließung eingereicht worden, die er zu einem einheitlichen Vorschlag zusammenfassen und dem Hauptausschuß vorlegen werde. Dieser Vorschlag bedeute einen außerordentlichen Fortschritt. Er werde auf allen Seiten größte Befriedigung auslösen, die Weiterführung der Konferenz auf eine sichere Grundlage stellen und zweifellos einstimmig von allen Mächten angenommen werden. Die Konferenz würde sodann für einige Zeit vertagt werden. Das Präsidium der Konferenz werde jedoch in sechs Wochen wieder zusammentreten. Ueber den Wiederzusammentritt der Konferenz werde sodann das Präsidium zu entscheiden haben. Ein fester Zeitpunkt für die Wiederaufnahme der Arbeiten der Konferenz sei nicht beschlossen worden.

Diese bemerkenswert optimistischen Ausführungen des Herrn Benesch stoßen jedoch in unterrichteten Kreisen auf Zweifel und Verwunderung, da die tatsächliche Lage hinreichend bekannt ist. Bisher sind nämlich alle Versuche, eine einheitlich abschließende Entschließung auszuarbeiten, auf die allergrößten Widerstände und Gegensätze gestoßen.

Die Mißwirtschaft des Direktors Simaitis

Memel, 13. Juli. In der Sitzung des memelländischen Landtages kam in der Aussprache über ein Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zum Ausdruck, daß die Arbeitslosigkeit im Memelgebiet nur deshalb so groß sei, weil dauernd Leute aus Litauen ins Memelgebiet einwandern. Von der Regierung wurde darauf hingewiesen, daß keine Mittel für produktive Arbeiten mehr vorhanden seien. Das Direktorium Simaitis habe sämtliche für diese Zwecke bestimmten Gelder ausgegeben, so daß bei Uebernahme der Geschäfte durch das jetzige Direktorium nur noch 35 Lit vorhanden gewesen seien. Damit solle das jetzige Direktorium Zahlungen für produktive Arbeiten leisten und Erwerbslosenunterstützungen bis Ende dieses Jahres zahlen.

Regierungsbildung in Mecklenburg

Neue Regierung und Landtagspräsidium in Mecklenburg-Schwerin rein nationalsozialistisch.

T.U. **Schwerin,** 13. Juli. Der neu gewählte Landtag, der am Mittwoch nachmittag zum ersten Male zusammentrat, wählte den nationalsozialistischen Abg. Krüger zum Präsidenten, des Hauses. Von 55 abgegebenen Stimmen entfielen auf Krüger 30. Auf den kommunistischen Kandidaten Schröder entfielen 3 Stimmen. Stellenvertretender Vorsitzender ist ebenfalls ein Nationalsozialist, nämlich der Abg. Dr. Schumann, für den wiederum 30 Abgeordnete stimmten, während der sozialdemokratische Kandidat Höcker 13 Stimmen erhielt. Bei der Wahl des zweiten stellvertretenden Vorsitzenden hatte nur ein Vorschlag vorgelegen. Es handelt sich um den Nationalsozialisten Engel, der sodann gewählt wurde. Beim Schriftführer schlugen die Nationalsozialisten ihre Abgeordneten Bürger, Brüning, Braun, Niegener, Mattis und Buse vor. Mit 32 von insgesamt 55 abgegebenen Stimmen wurden die Nationalsozialisten gewählt. Das Präsidium des Landtages von Mecklenburg-Schwerin ist also rein nationalsozialistisch.

Der Vorsitzende Krüger verlas hierauf ein Schreiben der bisherigen Staatsregierung, wonach diese ihren Rücktritt erklärt.

Nach längerer Geschäftsordnungsaussprache begann dann die erste Lesung des nationalsozialistischen Gesetzentwurfes, der die Herabsetzung der Zahl der Staatsminister von drei auf zwei verlangt. Auch der sozialdemokratische Führer sprach sich für den Entwurf aus. Der zweiten Lesung wurde von den Kommunisten widersprochen, sodaß der Entwurf am Mittwoch nicht mehr verabschiedet werden konnte.

Hierauf erfolgte die Wahl des Ministerpräsidenten. Der Nationalsozialist Granzow wurde mit 35 Stimmen der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen gewählt. 14 Stimmen entfielen auf den Sozialdemokraten Paul Schröder, 3 kommunistische Stimmen auf Willi Schröder. Unter lebhaftem Händeklatschen und lauten Heilrufen nahm Granzow sein Amt als Ministerpräsident an. Auf Vorschlag der Nationalsozialisten — ein weiterer Vorschlag lag nicht vor — wurde Amtshauptmann Dr. Scharf-Güstrow, der nicht Mitglied des mecklenburg-schwerinschen Landtags ist, zum zweiten Staatsminister gewählt. 54 Stimmzettel wurden abgegeben. 24 Zettel waren unbeschrieben. Die 30 Stimmen der Nationalsozialisten entfielen auf Dr. Scharf.

Am Donnerstag wird die Regierungserklärung verlesen.

Die Vorbereitungen zum Deutschen Sängerfest

Frankfurt a. M. 13. Juli. Nachdem schon seit Wochen im Stillen die Vorbereitungen für das 11. Deutsche Sängerbundesfest im Gange sind, wird jetzt auch äußerlich kund, daß sich Frankfurt auf ein großes festliches Ereignis vorbereitet. In allen Straßen, durch die am Sonntag, 24. Juli, der große Festzug seinen Weg nimmt, sind fleißige Hände dabei, Fahnenmaste und mit Tannengrün geschmückte Säulen aufzustellen. An dem Festzuge selbst, der nachmittags um 2 Uhr in Bewegung gesetzt wird und dessen Vorbeimarsch ca. vier Stunden in Anspruch nehmen dürfte, werden ca. 50 000 Menschen teilnehmen. Die Zahl der gemeldeten Sänger ist inzwischen auf fast 34 000 Mann gestiegen, so daß alle Voraussetzungen für einen glanzvollen Verlauf des Festes gegeben sind. Die Zahl der Konzerte ist außerordentlich groß. Am Freitag, den 22. Juli, finden neun große und am Samstag, den 23. Juli, 17 große konzertliche Veranstaltungen statt, wobei namentlich auch die von Auslandsdeutschen veranstalteten Konzerte besonderes Interesse in Anspruch nehmen dürften. In maßgebenden Kreisen rechnet man denn auch mit einem Fremdenzustrom von 90 000 bis 100 000 Personen während des Festes.

Tagung der Wirtschaftspartei

Berlin, 13. Juli. Der Reichsausschuß der Wirtschaftspartei hielt in Berlin eine Tagung ab, um zu dem **Wahlabkommen der Wirtschaftspartei mit der Bayerischen Volkspartei, dem Bayerischen Bauernbund und anderen Mittelstandsorganisationen** Stellung zu nehmen. Der Reichsausschuß stimmte dem Wahlabkommen zu.

Tages-Anzeiger

Donnerstag, den 14. Juli.

Städt. Konzerthaus: Sommeroperette, „Gräfin Mariza", 20 bis 23 Uhr.

Skala-Tonfilm-Theater: „Entfesseltes Afrika", 7 und 9 Uhr.

Gib acht auf Orla!

ROMAN von ARNO HOHENFELD

VERTRIEBSRECHTE LITERATUR-VERLAG GLORIA BERLIN-STEGLITZ

8. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Sinnend stand Ruchard, aber er grübelte nicht, es fiel ihm nur zu schwer, sich der Aufgabe zu erledigen, die er wohl oder übel übernehmen mußte. Er gab sich einen Ruck und sagte:

„Ich war der Meinung, daß man Sie schon unterrichtet hätte, da das nicht der Fall ist, muß ich es wohl tun."

Entsetzt fuhr Edith hoch. Doch sofort legte er beschwichtigend seine Hand auf ihre Schulter.

„Bleiben Sie bitte ganz ruhig und hören Sie, was ich Ihnen zu sagen gezwungen bin."

Drittes Kapitel.

Die Tür der Revierwache wurde hastig geöffnet eine kleine, rundliche, nicht mehr junge Frau stürmte herein.

„Herr Wachtmeister!"

„Einen Augenblick!" sagte der mit der Ausfertigung eines Meldescheines beschäftigte Beamte und hob Schweigen gebietend seine federhalterbewaffnete Hand.

„Aber Herr Wachtmeister!"

„Sie sehen doch, daß ich beschäftigt bin."

„Ist denn niemand weiter da, an den ich mich wenden kann?"

„Stören Sie mich nicht, sonst dauert es noch länger. Setzen Sie sich einstweilen."

Die Frau lief auf und ab, hin und her, unverständliche Worte murmelnd, die den Beamten zu einem Kopfschütteln veranlaßten.

„So, jetzt bin ich so weit!" Der Beamte reichte dem wartenden Herrn den Schein und wandte sich an die ungeduldige Frau. „Wen wollen Sie abmelden?"

„Niemanden! Ich will nur die Polizei benachrichtigen, daß mein Herr sich erschossen hat."

„Erschossen? So! Wie heißen Sie und wo wohnen Sie?"

„Mein Name ist Meta Brennert, ich bin die Wirtschafterin von Herrn von Wemblin. Die Wohnung ist Bayerischer Platz 28."

Der Beamte schlug in seiner Kartothek nach.

„Die Angaben stimmen, nun gehen Sie mal nach Zimmer 8 zu dem Kriminalwachtmeister und melden Sie dort den Vorfall."

Die Frau eilte davon. Auf ihr Klopfen forderte eine sonore Stimme sie zum Eintritt auf.

Ein schnauzbärtiger Mann in mittleren Jahren nahm gelassen ihre Mitteilung entgegen.

„Einen Arzt haben Sie natürlich sofort gerufen?"

„Ja, der kam auch gleich, hat ihn aber gar nicht weiter untersucht, weil, wie er sagte, mein Herr schon lange tot sei, und mich nur beauftragt, sofort zur Wache zu gehen und Meldung zu erstatten. Zuvor habe ich aber noch seinen Vetter angerufen, Herrn von Strewo."

„Ist der inzwischen gekommen?"

„Nein. Herr von Strewo wohnt doch gar nicht in Berlin, sondern auf seinem Gut in der Uckermark, das genau so heißt wie er, Strewo."

„Hat er zugesagt, kommen zu wollen?"

„Nein, Herr Wachtmeister, er weiß doch von gar nichts."

„Aber Sie sagten doch eben . . ."

„Ja ja, aber ich konnte ihn nicht sprechen, er ist krank und liegt zu Bett. Er hat ein Herzleiden. Dann habe ich nach seiner Frau gefragt, doch da war plötzlich die Verbindung gestört und so bin ich hierhergekommen."

„Hm, na, ich werde mal mit Ihnen gehen."

Eine halbe Stunde später stand der Kriminalwachtmeister vor seinem Vorgesetzten, dem er den Vorfall und seine Feststellungen meldete.

Der nickte verstehend und verband sich kurzerhand mit dem Präsidium.

„Ein gewisser Kurt von Wemblin, Junggeselle, etwa Ende der Zwanzig stehend, Besitzer des Gutes Klein-Dolchow und Inhaber einer Dreizimmerwohnung am Bayerischen Platz 28, soll sich nach Angabe seiner Wirtschafterin, einer Frau Meta Brennert, erschossen haben. Sie hat ihn heute morgen tot am Schreibtisch sitzend vorgefunden. Kriminalwachtmeister Lorch ist zwecks Feststellung mit in die Wohnung gegangen. Der Befund und gewisse Angaben der Brennert lassen die Möglichkeit zu, daß es sich nicht um einen Freitod handelt. Ich bitte, den Fall nachzuprüfen."

„Wird sofort erledigt."

* * *

Die Meldung wurde dem Dezernenten, Regierungsrat Bressel, vorgelegt, der die Kommissare Wolter und Fränkel mit der Erledigung betrauen wollte, als ihm einfiel, daß Wolter, der in wichtigem Auftrage nach Bukarest gefahren war und heute früh zurück sein sollte, sich noch nicht bei ihm gemeldet hatte. Er begab sich nach dem Amtszimmer der beiden und fand wirklich nur Fränkel vor.

„Morgen Fränkel, ist Wolter noch nicht da?"

„Nein, Herr Regierungsrat. Sollte er denn heute schon zurück sein?"

„Ich habe gestern die Nachricht bekommen, daß er abgereist ist, und hatte erwartet, ihn vorzufinden. Wahrscheinlich kleine Verzögerung, wird sich wohl im Laufe des Vormittags einfinden."

„Wie ist denn der Fall ausgegangen?"

„Keine Ahnung!"

Der Regierungsrat überreichte Fränkel die schriftliche Meldung.

„Prüfen Sie bitte die Angelegenheit nach. Nehmen Sie den Kriminalassistenten Scholz mit, damit Sie jemand zur Hand haben. Sobald Wolter kommt, kann er mit Ihnen wie bisher in Gemeinschaft arbeiten. Ich werde ihm das noch selbst sagen, sobald er kommt, und ihn gegebenenfalls an Ort und Stelle dirigieren."

„Sehr wohl, Herr Regierungsrat."

Wenig später fand sich die Mordkommission unter Führung von Kriminalkommissar Fränkel in der Wohnung Wemblins ein.

Frau Brennert bekam einen Schreck, als sie die vielen Männer vor der Tür sah.

„Mein Gott, was ist denn los?"

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg